
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 01.06.2022

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:44 Uhr
Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2,
06862 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 36 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Vereidigung des Stadratsmitgliedes Michael Berghäuser

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, nimmt **Herrn Michael Berghäuser** gemäß § 53, Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes folgende **Verpflichtungs-ermächtigung ab:**

„Ich gelobe Treue der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Fricke, Fraktion SPD, verweist zum Tagesordnungspunkt 8.20 „Ausschreibung der Positionen der/s Beigeordneten für Digitalisierung und moderne Verwaltung, der/s Beigeordneten für Bauen und Stadtgrün, der/s Beigeordneten für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren sowie der/s Beigeordneten für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit“ darauf, dass es sich um eine Fraktionsvorlage handelt, mit der die Aufhebung eines Stadratsbeschlusses beantragt wird. Gemäß § 16, Abs. 1 der Geschäftsordnung kann die Aufhebung eines Stadratsbeschlusses von einem Drittel der Mitglieder der Vertretung beantragt werden. Wenn unterstellt wird, dass alle 7 Stadträte der Fraktion Die Linke Einreicher sind, wären das immer noch nicht die 17 erforderlichen Stimmen. **Herr Fricke** bittet deshalb den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf, diese Beschlussvorlage von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, bedankt sich für den Hinweis und stellt an den Einreicher der Beschlussvorlage die Frage, ob diese zurückgezogen oder in einen Antrag zur Aufhebung des Beschlusses umgewandelt wird, um diesen in der nächsten Sitzung des Stadtrates in der Sache selbst behandeln zu können.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erwidert, dass es schwer ist, das Bewerberverfahren in dieser Form aufzulösen. Es ist anzunehmen, dass es für die Beschlussvorlage nicht die erforderliche Mehrheit gibt. Da auch zur nächsten Sitzung des Stadtrates die Wahlen der Beigeordneten erfolgen sollen, zieht er die im Tagesordnungspunkt 8.20 eingeordnete Beschlussvorlage zurück.

Die Tagesordnung wird geändert beschlossen. 35:01:03

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Focke, Herr Dr. Hofmann und Herr Herbst von der Fraktion der CDU zur Sitzung. (39)

4 Genehmigung der Niederschrift vom 27.04.2022

Die Niederschrift wird genehmigt (36:00:03).

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten:

- 29.04.2022 Enthüllung der Skulptur der Fürstin Louise am Stadtparkbrunnen
- 14.05.2022 Impulsdialog Zukunftsreise
- 25.05.2022 Leichtathletik Meeting
- 28.05. – 05.06.2022 Festwoche 750 Jahre Mosigkau

Gemeinsam mit dem Ortsbürgermeister, Herrn Weber, den Ortschaftsräten und einigen Stadträten hat er am Festakt teilgenommen.

- Am 01.06.2022 findet in der Zeit von 15:00 – 18:00 Uhr das große Kinder- und Familienfest im Tierpark anlässlich des Internationalen Kindertages statt.
- Einladung der Stadtratsmitglieder zum Tag der Erinnerung am 10.06.2022

- **Informationen zur aktuellen Flüchtlingssituation**

In der Stadt wurden bisher 1063 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen, darunter 119 Kinder im Kindergartenalter und 302 Kinder im schulpflichtigen Alter. In der Turnhalle des Berufsschulzentrums sind 123 Personen untergebracht, bei der GfM 72 und im Hotel Dormero 29 Personen. Bis zum 31.08.2022 bleiben 13 Doppelzimmer angemietet für besondere Personen, wie bspw. Ältere, Schwangere und Kranke. Mit Stand 31.05.2022 sind 222 Wohnungen mit 543 aus der Ukraine geflüchteten Personen belegt. Von den Kindern sind 7 Kinder in der Kindergruppe, 10 Kinder im Kindergarten, 10 Kinder im Hort und zwei unbegleitete Minderjährige wurden auch untergebracht. Bezüglich der Schule gibt es 2 Ankunftsclassen mit insgesamt 4 ukrainischen Lehrern (in der Schule am Schillerpark mit 15 Schülern und in der Grundschule Geschwister Scholl mit 18 Schülern). Weitere Anmeldungen liegen vor. Insgesamt gibt es 102 Schüler in Regelklassen, ggf. wird in dieser Woche eine weitere ukrainische Lehrerin eingestellt. Eine Ankunftsclassen ist für Roßlau geplant, allerdings steht bisher noch keine Lehrkraft zur Verfügung.

Abschließend informiert Herr Dr. Reck, dass am 24.05.2022 Herr Prof. Dr. med. habil. Hans-Dieter Göring verstorben ist. Herr Göring hatte sich aufgrund seiner herausragenden Leistungen als Arzt, Wissenschaftler und Mensch für die Stadt Dessau-Roßlau und ihre Bürger verdient gemacht. Der Stadtrat hatte ihm deshalb in seiner Sitzung am 07.12.2016 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Dessau-Roßlau verliehen. Die Anteilnahme der Stadt gilt seiner Familie. Mit ihm verliert die Stadt einen sehr wertvollen Menschen.

Auf Bitten von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, wird in Gedenken an Herrn Professor Göring eine Gedenkminute eingelegt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, zur Sitzung. (40)

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt den in der Sitzung des Stadtrates am 27.04.2022 nichtöffentlich gefassten Beschluss „**Gewährung einer modifizierten Ausfallbürgerschaft**“ bekannt.

5.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass im zurückliegenden Zeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Es werden keine Einwohnerfragen vorgebracht

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Auswertung des Modellprojekts zum kostenfreien Schülerticket Vorlage: IV/010/2022/V-40

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, geht auf die zurückgezogene Beschlussvorlage (TOP 8.20) ein und erklärt, dass das Ziel der Aufhebung der Ausschreibung war, die im Rahmen der Dezernentenausschreibungen entstandenen Irritationen zu korrigieren und damit einen fairen Ausschreibungstext zu ermöglichen. Der Text, der den Stadträtinnen und Stadträten in mehreren Sitzungen erläutert werden musste, ist aus seiner Sicht nicht allgemeinverständlich. Am Ende hat auch die erhebliche Zurückweisung von Bewerbungen deutlich gemacht, dass das ein Problem war. Es gab teilweise Bewerber, die u. a. auch durch den Oberbürgermeister ermutigt worden sind, sich für ein solches Amt zu bewerben, die aber im Zuge dieses Vorganges leider keinen Zugang zur Bewerbung fanden. Der Prozess ist so weit vorangeschritten, dass es wenig Sinn macht, den Antrag aufrechtzuerhalten. Aus diesem Vorgang ist jedoch nicht unbedingt Vertrauen entstanden.

Abschließend bemerkt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dass die MZ-Artikel „Trauzeuge“ und „Hochschulstudium“ leider nicht zur Aufklärung des Vorganges beigetragen haben. Es ging ihm weder um die Unterstützung eines einzelnen Kandidaten, noch darum, dass die Hochschulabschlüsse als nicht notwendig angesehen werden, sondern um das Verfahren und die nicht eindeutige Ausschreibung. Er hofft, dass es keine rechtlichen Beanstandungen von Bewerbern gibt, die das Verfahren infrage stellen.

An ihr wurde herangetragen, dass Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klassen vermehrt ohne Frühstück zum Unterricht erscheinen, merkt **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, an. Im Hinblick auf das eingeführte kostenlose Frühstück in den Kindertagesstätten und in den Horten sowie auf die weiter steigenden Lebensmittelpreise, die diesen Prozess noch weiter beschleunigen werden, bittet Sie das Sozialamt zu überlegen, wie dem entgegengewirkt werden kann. Da nicht hingenommen werden kann, dass Kinder ohne Frühstück zur Schule gehen, nur weil die Preise steigen, sollte das Thema auch im Fachausschuss behandelt werden.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bittet um Aussagen zur aktuellen Besetzung des Jugendamtes. Wie viele Mitarbeiter dort tätig sind, zur Amtsleitung und wie der Stand der Abarbeitung von Anträgen aus den freien Trägerschaften ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Focke, Fraktion CDU, spricht dem Oberbürgermeister seinen und den Dank des Ortschaftsrates von Mosigkau für seine Rede zur Eröffnung der Feierlichkeiten und seinen Besuch in Mosigkau aus. Der geschenkte Apfelbaum wird im Schäfergarten gepflanzt.

Herr Adamek, Fraktion CDU, berichtet, dass er zum Thema Duales Studium von Frau Bürgermeisterin Nußbeck vollumfängliche Informationen erhalten hat. Zum aktuellen Stand der Umsetzung dieses Beschlusses wird es in der Sitzung des Stadtrates im Juli 2022 eine Informationsvorlage geben. Vorab kann er berichten, dass die Stadtverwaltung aktiv auf der Suche nach Möglichkeiten für die Umsetzung des Dualen Studiums im Rahmen der Stadtverwaltung und der kommunalen Familie ist, wofür er Frau Bürgermeisterin Nußbeck seinen Dank ausspricht.

Weiterhin dankt **Herr Adamek, Fraktion CDU**, den Mitarbeitern des Tiefbauamtes, unter Führung von Herrn Säbel, für die zügige Umsetzung des Problems Eichenprozessionsspinner. Allerdings gibt es neue Schwerpunkte, die definiert werden müssen, auch aufgrund ihres Wirkungsgrades auf die Bevölkerung, da sich Nester sehr nah an Wohnbereichen befinden. Es gibt mittlerweile Landeserlasse, wie auf privaten Grundstücken damit umzugehen ist. Die Stadt sollte im nächsten Amtsblatt über den Ministererlass informieren, da dieser für Eigentümer von Grundstücken, wo möglicherweise Bäume befallen sind, wichtig ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, spricht dem Technikmuseum „Hugo Junkers“, der Stadt und den Stadträten des Kulturausschusses seinen Dank für die Begleitung des durchgeführten Symposiums aus, im dem die Wiege der Weltraumfahrt, gerade die Antriebstechnik von Johannes Winkler, eine bedeutende Rolle spielt. Er dankt vor allem dem Oberbürgermeister für die Begrüßung und den gegebenen Empfang. Aufgrund des großen Interesses wird es im nächsten Jahr einen Tag mit Johannes Winkler geben, der den Aspekt der Weltraumtechnik im Fokus hat.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, bringt die Meinung der Freien Fraktion zur abgesetzten Beschlussvorlage der Fraktion Die Linke zum Ausdruck. Die Redezeit, auf die Beschlussvorlage einzugehen, würde hier nicht ausreichen, weshalb er das im Amtsblatt darlegen wird. Der Aktionismus der Linken in Sachen Ausschreibung und Neubesetzung der Beigeordneten ist ein Verstoß gegen demokratische Grundregeln, gegen die Rechtsstaatlichkeit, ist beschämend, eine Unverschämtheit und ein Kasperletheater.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Präger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, zur Sitzung. (41)

8 Beschlussfassungen

8.1 Neuordnung von Schiedsstellenbezirken der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/127/2022/I-07

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Neuordnung der Schiedsstellen der Stadt Dessau-Roßlau:

Schiedsstelle I

Zuständigkeitsbereich: **Innerstädtischer Bereich Süd, Süd, Haideburg (bisher SchSt II), Ziebigk, Siedlung, Großkühnau,**

Schiedsstelle II

Zuständigkeitsbereich: **innerstädtischer Bereich Nord (bisher SchSt I), Waldersee, Mildensee, Kleutsch, Sollnitz, Törten**

Schiedsstelle III

Zuständigkeitsbereich: **Innerstädtischer Bereich Mitte (bisher SchSt II), Kleinkühnau (bisher SchSt I), West, Alten, Zoberberg, Kochstedt, Mosigkau**

Schiedsstelle IV

Zuständigkeitsbereich: Rodleben, Brambach

Schiedsstelle V

Zuständigkeitsbereich: Roßlau, Meinsdorf, Mühlstedt, Streetz/Natho

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.2 Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsstellen II bis V der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/128/2022/I-07

Herr Mrosek, Fraktion AfD, stellt den **Antrag**, über jede Person einzeln abzustimmen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, verweist auf die Möglichkeit, eine offene Abstimmung durchzuführen, wenn kein Mitglied des Stadtrates dagegen spricht.

Da kein Mitglied des Stadtrates der Durchführung der offenen Wahl widerspricht, ruft der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, jede einzelne Person zur Abstimmung auf.

Ergebnis der offenen Wahl:

Schiedsstelle II der Stadt Dessau-Roßlau

Frau Catja von Glisczinski wird als **Vorsitzende** mit 41 Ja-Stimmen gewählt.

Sie nimmt die Wahl an.

Frau Gabriele Grundmann wird als **weitere Schiedsperson** mit 41 Ja-Stimmen gewählt.

Aufgrund der Abwesenheit wird die Bestätigung zur Wahlannahme nachgeholt.

Schiedsstelle III der Stadt Dessau-Roßlau

Herr Wilfried Männich wird als **Vorsitzender** mit 41 Ja-Stimmen gewählt.

Aufgrund der Abwesenheit wird die Bestätigung zur Wahlannahme nachgeholt.

Frau Dr. Anke Stoye-Balk wird als **weitere Schiedsperson** mit 41 Ja-Stimmen gewählt.

Sie nimmt die Wahl an.

Schiedsstelle IV der Stadt Dessau-Roßlau

Herr Andreas Genenz wird als **Vorsitzender** mit 41 Ja-Stimmen gewählt.

Er nimmt die Wahl an.

Schiedsstelle V der Stadt Dessau-Roßlau

Herr Marcus Geiger wird als **Vorsitzender** mit 34 Ja-Stimmen gewählt.

Er nimmt die Wahl an.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, bedankt sich bei den Gewählten für die Bereitschaft, diese wichtige ehrenamtliche Tätigkeit durchzuführen und beglückwünscht sie zur Wahl.

8.3 Neuwahl eines Vertreters der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg sowie seines Stellvertreters **Vorlage: BV/149/2022/III-61**

Die Wahl wird in offener Abstimmung durchgeführt, da zu dieser Verfahrensweise kein Widerspruch erfolgte.

Herr Hans-Joachim Pätzold wird als Vertreter und Herr Michael Berghäuser als Stellvertreter in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mit 41 Ja-Stimmen gewählt.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt einen neuen Vertreter sowie für den Fall der Verhinderung des gewählten Vertreters einen neuen Stellvertreter als Mitglied in der Regionalversammlung Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.
2. Die Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wird über die ausgewählten Personen informiert.

8.4 Abberufung und Neuberufung eines Stadtrates in das Kuratorium Stiftung der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: BV/142/2022/I-07**

Beschluss:

1. Herr Michael Frisch, Fraktion AfD, wird als Mitglied des Kuratoriums Stiftungen der Stadt Dessau abberufen.
2. Herr Dirk Stein, Fraktion AfD, wird als Mitglied des Kuratoriums Stiftungen der Stadt Dessau berufen.

Abstimmungsergebnis: 39:01:01

8.5 Neubesetzung von Ausschüssen **Vorlage: FV/015/2022/Linke**

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.6 Neubesetzung Betriebsausschuss Anhaltisches Theater **Vorlage: FV/017/2022/CDU**

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.7 Vergabe von Ausschreibungen von baulichen Planungsleistungen auch an externe Planungsbüros (möglichst aus der Region) **Vorlage: FV/008/2022/AfD**

Herr Frisch, Fraktion AfD, erläutert, dass die Beschlussvorlage in der letzten Stadtratssitzung aufgrund von weiterem Redebedarf und um die Fachämter noch einmal zu hören an den Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt zurückverwiesen wurde. Planungsleistungen für kleine Straßenbauangelegenheiten können vergeben werden, zumindest solange, bis die Fachämter entsprechend wieder besetzt sind und alleine in der Lage sind, das zu leisten.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, Herr Adamek, CDU-Fraktion, sowie Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sprechen sich gegen die Beschlussvorlage aus, da die Vergabe nach außen bereits gängige Praxis ist. Als Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt, verweist **Herr Adamek** darauf, dass im Ausschuss Einigkeit darüber bestand, dass die Beschlussvorlage obsolet ist und dieses Thema aber wiederkehrend im Ausschuss beraten wird.

Mit fadenscheinigen Begründungen wird versucht, die Anträge seiner Fraktion abzulehnen, führt **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, aus. Es geht nur darum, andere Planungsunternehmen zu beauftragen, um weiter zu kommen, weshalb er um Beschlussfassung bittet.

Erwidernd stellt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, fest, dass es nicht darum geht, einen Antrag der Fraktion AfD abzulehnen, sondern darum, dass etwas beschlossen werden soll, was schon gemacht wird. Das größte Problem ist der interne Teil der Befähigung von Mitarbeitern, die diese Grundsätze begleiten und vorberei-

ten, insbesondere bei der Arbeit von Leistungsverzeichnissen etc. Insofern macht die Stadtverwaltung das, was sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt leisten kann.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erklärt, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt deutlich gemacht wurde, dass 99% der Aufträge bereits nach außen vergeben werden und nur Kleinstplanungen von den Ämtern erstellt werden, so dass kaum noch Entwicklungsmöglichkeiten bestehen.

Herr Frisch, Fraktion AfD, bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Beschlussvorlage wird **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: 08:32:01

8.8 „Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau als Standort für das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ Vorlage: BV/172/2022/I-OB

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, verweist auf den nachgereichten **Änderungsantrag des Einreichers**, Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck, die Beschlussvorlage auf der Seite 5 um den folgenden Abschnitt zu ergänzen:

„Für die Teilnahme am Wettbewerb spricht, dass unsere Stadt seit dem 18. Jahrhundert für eine lange Tradition innovativer Entwicklungen steht. Von der ehemaligen Residenz des Landes Anhalt gingen und gehen bis in die Gegenwart tiefgreifende und weit über die Region hinauswirkende Reformen und Entwicklungsschübe aus. Eines der Zentren der deutschen Aufklärung mit seinen sozialen, wirtschaftlichen und pädagogischen Projekten befand sich im 18. Jahrhundert hier. Dem verdanken wir die harmonische Welt der Parks, Schlösser und Gärten des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches in der weiten Auenlandschaft der Flüsse Elbe und Mulde. In Dessau konstruierte und fertigte Hugo Junkers seine Flugzeuge und revolutionierte die Luftfahrtentwicklung. Vom Bauhaus schließlich gingen weltweit und nachhaltig Impulse für Architektur, Kunst und Design aus. Mit der fast vollständigen Zerstörung am Ende des 2. Weltkrieges erfolgte ein radikaler Umbau der Stadt, der sie mit der Wende, dem wirtschaftlichen und demografischen Wandel vor neue enorme Herausforderung stellt.“

Nach der Erläuterung der Beschlussvorlage durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck** stellt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, die Frage, wie der Vorgang des Bewerbungsschreibens vollzogen wird, in welchen Etappen und zu welchen Zeiträumen damit gerechnet werden kann und wie die Bewerbung am Ende aussieht.

Die Koalition aus SPD, Grüne und FDP hat sich zu dem Zentrum bekannt, entgegnet **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. Die Rahmenbedingungen sind definiert. Mitte des Jahres soll auf Bundesebene der Wettbewerb starten. Das Land Sachsen-Anhalt hat diesen Prozess auch auf Landesebene in Gang gebracht. Im Juni wird sich die Stadt Dessau-Roßlau vorstellen. Sobald der Bundeswettbewerb startet, wird die Stadt in diesen Wettbewerb gehen. Es sind 3 Monate Zeit, um die Bewerbung abzugeben. Dann wird eine Jury mit dem Ziel, in diesem Jahr noch einen Standortvorschlag zu erarbeiten, darüber befinden, welche Stadt als Standort infrage kommt. Dem Grunde nach läuft der Prozess schon, aber der formale Bewerbungsakt ist noch nicht möglich. Wichtig sind aber die Unterstützung des Landes und die gesellschaftliche Unterstützung. Das Ziel ist, dass das Zentrum bis zum Jahr 2027 errichtet wird.

Die Beschlussvorlage wird, einschließlich des Änderungsantrages, zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau bewirbt sich als Standort für ein wissenschaftliches und kulturelles "Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit" des Bundes.
2. Die Verwaltung wird mit der Suche eines geeigneten Standortes beauftragt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt eine Bewerbung für das Zukunftszentrum in enger Zusammenarbeit mit anderen geeigneten Akteur*innen zu erstellen, sowie während des Erarbeitungsprozesses Räume für Partizipation und Dialog zu schaffen und die Bürger*innen in den Prozess einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:06

Die Beschlussvorlage wird geändert beschlossen.

8.9 Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel zum weiteren Betrieb des Impfzentrums der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/059/2022/II-37

Frau Bürgermeisterin Nußbeck legt dar, dass die Beschlussvorlage im Ausschuss für Finanzen keine Mehrheit gefunden hat. Allerdings hat es dazu auch keine inhaltliche Diskussion gegeben, so dass die Gründe für die Ablehnung nicht bekannt sind. Ein Grund könnte sein, dass der Ausschuss am Sitzungstag nicht vollständig besetzt war. Inzwischen liegt die 5. Verordnung zur Änderung der Corona-Virus-

Impfverordnung vor, in der geregelt ist, dass die Impfzentren über den 31. Mai 2022 hinaus bis zum 25. November 2022 vorgehalten werden sollen. In der Zwischenzeit wurde das Impfzentrum an dem bisherigen Standort zurückgebaut und wird in der Cafeteria der Berufsschule installiert. Angesichts des sinkenden Interesses läuft das behutsam an. Trotzdem wurde ein Haushaltsansatz mit dem Haushalt 2022 in Höhe von nur 88 T€ beschlossen, da davon ausgegangen wurde, dass das Impfzentrum am 31.03.2022 schließt. Es wurden somit Mehrkosten verursacht. Mit der Beschlussvorlage wird davon ausgegangen, dass die in Anspruch genommenen Kosten erstattet werden. Insofern hat das haushaltsrechtlich keine negativen Auswirkungen auf die Finanzen und dient lediglich der Arbeitsfähigkeit, damit das Impfzentrum, insbesondere wenn im Herbst die Corona-Zahlen ansteigen sollten und es eine vierte Booster-Impfung geben soll, sofort arbeitsfähig ist.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, erklärt, dass im Ausschuss für Finanzen auch inhaltlich diskutiert wurde. Frau Nußbeck brachte dort das Argument, dass die ukrainischen Flüchtlinge auch geimpft werden müssen. Er stellt die Frage nach der Impfbereitschaft der Ukrainer. Andere Kommunen und Gemeinden bauen ihre Impfzentren ab. Ein Virologe hat berichtet, dass die nächste Mutation noch harmloser sein soll, als die jetzige. Jetzt noch einmal 610.000 Euro für ein Impfzentrum auszugeben, ist aus Sicht der Fraktion nicht notwendig. Das Geld sollte für andere Dinge zur Verfügung gestellt werden, wie für den Straßenbau oder für Kindereinrichtungen. Die Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, geht auf die Ausführungen von Herrn Mrosek ein und bemerkt, dass das Geld ausgegeben wird, weil die Stadt es erstattet bekommt, was beim Straßenbau nicht der Fall wäre. Die Virologen vertreten verschiedene Meinungen, aber keiner weiß, was im Herbst bevorsteht, oder welche Mutationen es geben wird. Er wirbt dringend dafür, diese kostenneutrale Position zu beschließen.

Was die Bekämpfung der Pandemie anbelangt, befindet man sich in einem systematischen Prozess, legt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dar. Das zu organisieren und die nötige Vorsorgepflicht zu vollziehen ist logisch und normal, weshalb die Fraktion den Beschluss unterstützt.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, bringt zum Ausdruck, dass die vorhandenen Strukturen, wie Hausärzte usw. in der Lage sind, das zu leisten. Auf der anderen Seite muss natürlich eine Reaktionsfähigkeit vorhanden sein. Er hat das Problem, dass er der Vorlage nicht entnehmen kann, welches Geld schon ausgegeben wurde und was die Handlungsreserve für den Herbst ist. Das sollte herausgearbeitet werden, um eine Transparenz zu haben. Ansonsten würde er sich bei der Abstimmung zur Vorlage enthalten, was er auch seinen Fraktionsmitgliedern empfiehlt.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck stellt fest, dass die beiden Positionen getrennt und aufgeschlüsselt werden sollen, was bis zum 31.05.2022 angefallen ist und was als Vorsorge ab dem 01.06.2022 getroffen wird, was nachgereicht werden kann. Es stellt sich aber die Frage, ob es dann zwei Beschlussvorlagen geben soll.

Herr Fackiner schlägt vor, im Ausschuss noch einmal darüber zu beraten, um Klarheit zu erlangen, was schon verbraucht ist, was im Sommer passiert und was die Handlungsreserve im Herbst ist. Wenn das klar dargestellt wird, kann das auch mitgetragen werden.

Frau Bürgermeister Nußbeck bietet an, die Beschlussvorlage zurückzuziehen und diese erneut im Ausschuss zu beraten.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, erklärt, dass die Vorlage aktuell überholt ist, da die momentane Situation das nicht verlangt. Keiner weiß, ob das Vorhandene ausreicht. Irritierend ist, dass das beschlossen werden soll, weil das Geld vom Land ersetzt wird. Es handelt sich um Steuergelder, die anders eingesetzt werden können.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erwidert, dass es sich um die Umsetzung der Corona-Impfverordnung handelt. Deshalb weist sie die Aussagen von Herrn Ratzmann zurück, dass das gemacht wird, weil andere das bezahlen.

Herr Fricke, SPD-Fraktion, merkt zu den Ausführungen von Herrn Fackiner an, dass der Beschlussvorlage entnommen werden kann, dass die beantragten Haushaltsmittel den Betrieb des Impfzentrums bis zum Jahresende sichern, was so zu verstehen ist, dass die bereits entstandenen Kosten und die weiter bis zum Jahresende entstehenden Kosten, Gegenstand des neuen Haushaltsansatzes sind. Wenn das so ist, versteht er nicht, welche neuen Erkenntnisse entstehen sollen, wenn man weiß, wie sich das Geld auf die verschiedenen Monate aufteilt. Wenn im Herbst alles schlimm wird und es reicht nicht, dann muss sowieso über das Weitergehen diskutiert werden.

Herr Fackiner erwidert, dass 88 T€ im Haushalt, geplant bis Ende März, eingestellt sind. Wenn das auf das ganze Jahr hochgerechnet wird, kommt man nicht auf 600 T€, weshalb er um die Untersetzung im Detail bittet.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, informiert, dass sich die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales, für die Fortführung des Impfzentrums ausgesprochen haben, was einer Vorsorgemaßnahme entspricht. Es könnte durchaus passieren, dass sich das Virus gefährlich verändert, weshalb das vorgehalten werden muss.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt fest, dass kein Antrag zur Rückverweisung der Beschlussvorlage vorliegt und bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Für den Fortbetrieb des Impfzentrums der Stadt Dessau-Roßlau werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 610.600,00 EUR zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 29:08:04

8.10 Unternehmensangelegenheiten Änderung des Gesellschaftsvertrages der MVZ SKD gGmbH Vorlage: BV/054/2022/II-20BTM

Beschluss:

Dem geänderten Gesellschaftsvertrag der MVZ SKD gGmbH gemäß Anlage 3 wird zugestimmt. Der Gesellschafterversammlung der MVZ SKD gGmbH wird eine gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.11 Mitgliedschaft im Bündnis "Kommunen für Biologische Vielfalt" (Novellierung) und Verstetigung der Projektergebnisse "Städte wagen Wildnis - Vielfalt erleben" Vorlage: BV/095/2022/III-61

Beschluss:

1. Der Stadtratsbeschluss zur Unterzeichnung der Deklaration „Kommunen für Biologische Vielfalt“ vom 21.09.2011 wird novelliert in der Form, dass die Stadt Dessau-Roßlau dem „Bündnis für Biologische Vielfalt“ beitrifft und der dafür notwendige Jahresbeitrag in Höhe von 330 EUR ab 2023 bereitgestellt wird.
2. Die Projektergebnisse des Verbund-Projekts „Städte wagen Wildnis – Vielfalt erleben“ mit dem Dessau-Roßlauer Motto „Stadt gibt’s hier natürlich“ werden mit dem Ziel einer Verstetigung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 31:06:04

8.12 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 68 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Köthener Straße" / erneute öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung
Vorlage: BV/122/2022/III-61

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes und anwesend in Vertretung der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Schlonski, bittet um die redaktionelle Änderung, in der Anlage 3 das Datum der Beschlussfassung des Stadtrates vom 08.12.2022 in 08.12.2021 zu ändern.

Beschluss:

1. Die in den Anlagen 2 bis 3.1 beigefügten geänderten Entwürfe des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 68 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Köthener Straße" und der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht werden gebilligt. Sie werden zusammen mit dem Biotop- und Nutzungstypen-Vergleich (Anlage 3.2.3), den geänderten Entwürfen des Vorhaben- und Erschließungsplanes (Anlage 4) und des Durchführungsvertrages (Anlage 5) sowie dem geänderten artenschutzfachlichen Fachbeitrag (Anlage 6) und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Anlage 7) erneut nach § 3 Abs. 2 i.V. mit § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch zur öffentlichen Auslegung bestimmt.
2. In der erneuten Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 Baugesetzbuch ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können.

Abstimmungsergebnis: 34:06:01

8.13 Satzung zur Änderung der Satzung über notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung)
Vorlage: BV/111/2022/III-63

Beschluss:

Auf Grund des § 85 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 in Verbindung mit § 85 Abs. 3 Satz 2 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 10. September 2013 (GVBl. LSA 2013, 440, 441) in der zuletzt gültigen Fassung beschließt der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau die Änderungssatzung gemäß Anlage 2.

Abstimmungsergebnis: 35:06:00

- 8.14 Novellierung des Maßnahmebeschlusses BV/243/2020/IV-41 vom 14.10.2020
Sanierung des Blumengartenhauses im Park Georgium zur Unterbringung der Museumspädagogik der Anhaltischen Gemäldegalerie
Vorlage: BV/089/2022/III-65**

Beschluss:

1. Der Gesamtausgabebedarf für die Sanierung des Blumengartenhauses erhöht sich von 1.000.000,00 € brutto auf 1.282.500,00 € brutto.
2. Eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 100.000,00 €. Die Deckung der Mehrkosten erfolgt aus dem Budget des „Corona Sondervermögensgesetzes“. Eine überplanmäßige Ausgabe für 2022 in Höhe von 282.500,00 € wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

- 8.15 Mitgliedschaft in Gewässerunterhaltungsverbänden - Widerruf der Bevollmächtigung eines Mitarbeiters
Vorlage: BV/050/2022/III-66**

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau widerruft die Bevollmächtigung zur Wahrnehmung ihrer Interessen im Vorstand des Unterhaltungsverbandes Taube-Landgraben für den Mitarbeiter des Tiefbauamtes, Herrn Mirko Plümecke.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

Im Anschluss wird in der Zeit von 17:26 Uhr bis 17:43 Uhr eine Pause durchgeführt.

- 8.16 Neufassung der Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderung
Vorlage: BV/327/2020/V**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, weist darauf hin, dass in den letzten Tagen eine E-Mail an die Fraktionen mit Stellungnahmen zu den behandelnden Satzungen ergangen ist.

Herr Fricke, Fraktion SPD, legt zunächst dar, dass zur Satzung des Integrationsbeirates ein Antrag auf Rückverweisung gestellt werden wird. Das Argument, was seitens der Verwaltung in den Ausschüssen genannt wurde, war der Gleichlauf der Satzungen dieser Beiräte. Er wird einen Änderungsantrag für diese Satzung und auch für die die Neufassung der Satzung des Seniorenbeirates stellen. Wenn die Satzungen dann mit oder ohne Änderungsantrag beschlossen werden und die Satzung des Integrationsbeirates wird zurückverwiesen, hätte man diesen Gleichlauf vielleicht nicht mehr.

Herr Fricke stellt den **Antrag**, den § 4 (3) der Satzung wir folgt zu ändern:

Im zweiten Textabsatz soll es statt „je einem Stadtrat aus den zwei stärksten Fraktionen“ **„zwei vom Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales zu bestimmende Stadträte“** heißen. Er hält es nicht für sinnvoll, wenn die beiden im Beirat vertretenen Stadträte von den zwei stärksten Fraktionen kommen, denn warum soll die Beteiligung des Stadtrates in diesem Beirat nur unter den beiden stärksten Fraktionen ausgemacht werden. Es wäre von vornherein ausgeschlossen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse, wie im Stadtrat, dort widerspiegeln. Demokratischer wäre, wie mit dem Antrag vorgeschlagen, zwei vom Ausschuss zu bestimmende Stadträte in den Beirat zu entsenden. So kann jede Fraktion ein Mitglied benennen und der Fachausschuss entsendet dann die Mitglieder in den Beirat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass das zuständige Fachdezernat als Einreicher der Beschlussvorlage, den **Änderungsantrag übernimmt**.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt an den Oberbürgermeister Dr. Reck die Frage, ob der Änderungsantrag, der ihm für alle drei Satzungen vorliegt, auch für die folgenden Satzungen übernommen wird. Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bemerkt, dass der **Änderungsantrag für alle Satzungen übernommen wird**.

Die Beschlussvorlage wird mit der vom Einreicher übernommenen Änderung „zwei vom Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales zu bestimmende Stadträte“ zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Der Neufassung der Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.17 Neufassung der Satzung des Seniorenbeirates Vorlage: BV/328/2020/V

Die Beschlussvorlage wird mit der vom Einreicher übernommenen Änderung des § 4 (3) der Satzung: „**zwei vom Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales zu bestimmende Stadträte**“ zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Der Neufassung der Satzung des Seniorenbeirates wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.18 Neufassung der Satzung des Integrationsbeirates Vorlage: BV/484/2021/V

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, verweist auf die bereits vom Einreicher übernommene Änderung, anstatt je einen Stadtrat aus den zwei stärksten Fraktionen zu entsenden, zwei vom Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales zu bestimmende Stadträte in den Beirat zu entsenden.

Die Neufassung der Satzungen für die Beiräte werden seitens der **Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, für notwendig erachtet und begrüßt, führt **Herr Geiger** aus. Einheitliche Mindeststandards für die Arbeit der Beiräte, unter Beachtung des Gleichbehandlungsgesetzes, sind der richtige Schritt, um die ehrenamtliche Tätigkeit der Beiräte zu unterstützen. Die politische Arbeit des Stadtrates und das Verwaltungshandeln profitieren von den Ergebnissen. Neben einigen redaktionellen Fehlern, die bei der Formulierung der Satzung entstanden sind und die aufwandsarm korrigierend geheilt werden können und müssen, sind bei der Satzung des Integrationsbeirates inhaltliche und organisatorische Punkte zu hinterfragen und zu diskutieren. So vermitteln es die Stellungnahmen der Migrantorganisation der Stadt als auch die bekannt gewordenen Stellungnahmen der Gleichstellungsbeauftragten und des Integrationskoordinators der Stadtverwaltung. Da diese Punkte in den Vorberatungen des Fachausschusses und des Haupt- und Personalausschusses nicht thematisiert und zielführend erörtert wurden, um die möglichst beste, eindeutigste und rechtssichere Satzung zu verfassen, **beantragt** die Fraktion die **Rückverweisung der Beschlussvorlage in den Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales sowie in den Haupt- und Personalausschuss**. Es wird angeregt, den in früheren Jahren bereits unter gemeinsamer Beteiligung von Migrantorganisationen und Akteuren der Integrationsarbeit und des früheren OB-Referates ausgearbeiteten Entwurf in die aktuelle Neufassung einfließen zu lassen und die heute auf diesem Gebiet Aktiven zu beteiligen. Insbesondere die Aufgaben des Beirates und

die Definition von Integrationsaufgaben, auch in Abgrenzung zu den Aufgabenfeldern des Ausländerbeauftragten, sollten nochmals hinterfragt und geklärt werden. An den grundsätzlichen Zielen der Harmonisierung sollte festgehalten werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkt, dass im Haupt- und Personalausschuss das Thema lange diskutiert worden ist. Dazu gab es eine eindeutige Stellungnahme des Fachamtes, die im Ausschuss weitestgehend getragen wurde. Er bittet Frau Paesold als Fachamtsleiterin ihre Position, die sie auch im Ausschuss dargestellt hat, im Rahmen der Erarbeitung der Satzung vorzutragen. Es sollte eine ausgewogene und im Interesse der Sache dienliche Entscheidung getroffen werden.

Herr Fricke, Fraktion SPD, legt an Herrn Schönemann gewandt dar, er findet es nicht richtig, dass er für sich reklamiert, ausgewogene sachgerechte Lösungen anzustreben, denn damit spricht er das den anderen ab. Die **SPD-Fraktion schließt sich dem Rückverweisungsantrag an**. Er hatte im Haupt- und Personalausschuss kritisiert, dass die Stellungnahmen nicht früher vorgelegt worden sind, weil das nicht unerhebliche Akteure in diesen Bereichen sind. Wenn solche dezidierten Stellungnahmen vorliegen, müssen diese selbstverständlich auch zur Meinungsbildung den Stadträten frühzeitig in den Ausschüssen zur Kenntnis gegeben werden. Herr Oberbürgermeister Dr. Reck hatte darauf erwidert, dass es immer Stellungnahmen gibt und diese in die Vorlage des zuständigen Beigeordneten einfließen und dann vorgelegt werden. Das findet er nicht richtig, denn er möchte eine Entscheidung auch nachvollziehen können und von der Verwaltung über das Für und Wider informiert werden, um eine richtige Entscheidung treffen zu können. Das empfindet er hier als defizitär, deshalb kann er auch Herrn Schönemann nicht beipflichten, dass inhaltlich eine breite Diskussion im Haupt- und Personalausschuss stattgefunden hat. Inhaltlich hat keine Diskussion stattgefunden, zumal diese Stellungnahmen nicht vorgelegen haben, was ein weiteres Argument für die Zurückweisung ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erwidert, dass die Stellungnahmen im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Bildung vorgelegen haben und somit eine Auseinandersetzung im Gremium erfolgen konnte. Es ist aber so, dass, wenn es innerhalb der Verwaltung unterschiedliche Auffassungen gibt, am Ende eine Verwaltungsmeinung im Rahmen einer Beschlussvorlage vorgetragen wird. Mit dem vorliegenden Satzungsentwurf sieht er die Grundaufgabe eines Integrationsbeirates erfüllt. Sie sollen beraten werden, eine Befassung im Fachausschuss ist erfolgt. Er sieht keinen Anlass, die umfangreiche Erfahrung des Fachdezernates, insbesondere des Amtes, das schon seit vielen Jahren intensiv mit dem Thema Integration befasst ist, unberücksichtigt zu lassen. Der Beschluss ist funktional und wird bei der Arbeit helfen. Er plädiert dafür, arbeitsfähig zu werden, was mit dem Satzungsentwurf erreicht wird.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, ist in Vertretung des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, Herrn Krause, anwesend und führt aus, dass die vorgelegten Satzungen die gleiche Arbeitsweise beinhalten, was der grundlegende Ansatz war. Das macht den Unterschied zu dem, was die damals gebildete Arbeitsgruppe mit Unterstützung der Bertelsmann-Stiftung für die Sat-

zung des Integrationsbeirates erarbeitet hat. Dort sind grundlegend andere Vorgehensweisen beschrieben worden, die nicht grundsätzlich diesen Satzungsentwürfen entsprechen. Bei einer Verweisung wäre auch die Frage der Synopse zu stellen, obwohl in vielen Teilen der Satzungen keine Abweichungen vorhanden sind. Eine entscheidende Abweichung zu der damals erarbeiteten Satzung, unter der Beteiligung von Migrantenorganisationen, ist die Frage, welche Aufgaben so ein Beirat hat. Ein Beirat kann eben nicht ein Integrationskonzept kontrollieren, denn das kann nur der Stadtrat, der auch das Integrationskonzept beschlossen hat. Beiräte sind Interessenvertretungen zur Beratung des Stadtrates.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, geht auf den Redebeitrag von Herrn Fricke ein und erklärt, dass es nicht um die Geringschätzung und Wertung eines Diskussionsprozesses geht. Was für die Entscheidungsfindung nötig war, ist an diesem Tag gesagt worden. Deshalb wäre es schade, wenn aufgrund einer Rückverweisung, dieses Gremium erst im nächsten Jahr die Arbeit aufnehmen könnte. Es wird angeregt, den in früheren Jahren bereits unter gemeinsamer Beteiligung von Migrantenorganisationen und Akteuren der Integrationsarbeit und des früheren OB-Referates ausgearbeiteten Entwurf in die aktuelle Neufassung einfließen zu lassen und die heute auf diesem Gebiet Aktiven zu beteiligen. Insbesondere die Aufgaben des Beirates und die Definition von Integrationsaufgaben, auch in Abgrenzung zu den Aufgabefeldern des Ausländerbeauftragten, sollten nochmals hinterfragt und geklärt werden. An den grundsätzlichen Zielen der Harmonisierung sollte festgehalten werden.

Die Aufgabe war die Erstellung von Satzungen für drei Beiräte, die in ihrem Aufbau und bezüglich der Maßnahmen gleichgestellt sind, führt **Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, aus. Der Änderungsantrag, seitens des Ausschusses je zwei Mitglieder zu entsenden, wird zur Kenntnis genommen. Wenn jetzt aber der Rückverweisungsantrag angenommen werden sollte, müssen auch die beiden anderen Satzungen zurückgestellt werden, denn es können nicht zwei Satzungen beschlossen werden und die dritte Satzung besitzt eine Sonderstellung. Es wurde versichert, dass jeweils mit den Beteiligten gesprochen worden ist. Den an die Fraktionen verschickten Stellungnahmen ist zu entnehmen, dass sich einige Gruppen nicht beteiligt fühlen, was schade ist. Trotzdem muss gleich vorgegangen werden. Gemessen an der Bevölkerungszahl muss man sich zuerst für den Beirat für Senioren interessieren, dann für den Beirat für Menschen mit Behinderung und erst dann für den Beirat für Integration. Er hat nichts gegen eine inhaltliche Änderung, es darf aber nicht sein, dass der Stadtrat sich hier ein eigenes Kontrollgremium schafft. Die Aufgabe der Beiräte besteht in der beratenden Funktion, aber sie haben kein Veto- oder Einspruchsrecht, was er zu bedenken gibt.

Herr Lieschke, Fraktion Die Linke, widerspricht den Ausführungen von Herrn Fricke und bestätigt, dass die Stellungnahmen im Fachausschuss vorgelegen haben und allen anderen auch jetzt zur Stadtratssitzung.

Auf Nachfrage des **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Rumpf**, bestätigt **Herr Fricke** die **Aufrechterhaltung seines Verweisungsantrages**.

Der Antrag auf Verweisung der Satzung wird mehrheitlich **abgelehnt** (13:25:03).

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, stellt die Beschlussvorlage, einschließlich der vom Einreicher übernommenen **Änderung, zwei vom Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Bildung zu benennende Mitglieder in den Beirat zu entsenden**, zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Neufassung der Satzung des Integrationsbeirates wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 25:10:06

**8.19 Änderung der Betriebssatzung des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/005/2022/V-SKD**

Beschluss:

Der geänderten Betriebssatzung des Städtischen Klinikums gemäß Anlage 3 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

**8.20 Ausschreibung der Positionen der/s Beigeordneten für Digitalisierung und moderne Verwaltung, der/s Beigeordneten für Bauen und Stadtgrün, der/s Beigeordneten für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren sowie der/s Beigeordneten für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit
Vorlage: FV/016/2022/Linke**

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass die nächste Sitzung des Stadtrates nicht wie geplant am 13.07.2022, sondern am 12.07.2022 stattfindet. Falls die Sitzung aufgrund einer umfangreichen Tagesordnung nicht beendet werden kann, wird sie am Folgetag fortgesetzt.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird beendet und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf**, um 18:44 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 13.07.22

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer